Morbus Prawda und Energiewende-Agitprop: Die Medien zwischen Information und Desinformation.

geschrieben von Admin | 27. Juni 2018

Die Mitglieder des SED-Politbüros waren im Grunde arm dran, denn Westberlin stand offen und die westlichen Radio- und Fernsehsender zeigten täglich allen Berlinern und den meisten DDR-Bürgern im Lande (bis auf das "Tal der Ahnungslosen"im Süden,wo man keinen Empfang der Westsender hatte), wie die Ost-Zeitungen — allen voran das "Neue Deutschland" — und die drahtlosen DDR-Medien Fakten verdrehten, Informationen unterdrückten und generell Lügen verbreiteten. Der sowjetische Geheimdienst KGB hatte dafür die treffende Bezeichnung "Desinformation" eingeführt.

Und der Sozialismus wollte einfach nicht siegen. Vielleicht lag das – nach einem alten DDR-Witz – an den 4 Todfeinden des Sozialismus: Frühling, Sommer, Herbst und Winter.

Heute gibt es leider immer noch Diktaturen — und nicht nur kommunistische — in denen die Medien mit den Methoden des "Neuen Deutschland" oder der "Prawda" (der Name dieser russischen Tageszeitung bedeutet zynischerweise "Wahrheit") ihre Bevölkerung lenken, erziehen, aber vor allem von unliebsamen westlichen Einflüssen schützen wollen. Aber auch in den westlichen Demokratien existieren Zeitschriften und TV-Sender, deren Redaktionen die Leser und Zuschauer keineswegs objektiv informieren möchten. Es sind politische Ziele, die dort das Aussortieren unwillkommener Nachrichten bestimmen. Dass in vielen Redaktionen Personen mit grüner und/oder linker politischer Einstellung zu etwa zwei Dritteln überwiegen, wie Befragungen ergeben haben sollen, stellt einen bedeutsamen Erfolg der betreffenden Parteien dar, die trotz geringer Prozentzahlen in den Parlamenten viele der strategisch wichtigen Medien mit ihren Parteisoldaten mehrheitlich erobert haben.

Die Auswirkungen dieses Verlusts an journalistischer Arbeitsethik sind besonders ausgeprägt bei der Berichterstattung über die Energiewende. Dieses nach dem Vorbild der ehemals sozialistischen Länder des Ostblocks konstruierte planwirtschaftliche Programm, das von den ehemals die Marktwirtschaft a la Ludwig Erhard vertretenden Unionsparteien beschlossen wurde, hat die "Transformation" der deutschen Volkswirtschaft in eine utopisch-grüne Ökowirtschaft zum Ziel. Als wissenschaftliche Begründung wird die stark umstrittene Theorie vom menschengemachten katastrophalen Klimawandel beigezogen; tatsächlich geht es aber um die Abschaffung der heutigen, kapitalistischen Wirtschaftsordnung und deren Ersatz durch eine Form der Ökodiktatur. Diese Politik trägt die Handschrift Angela Merkels, die damit die Ziele der Grünen als ihre eigenen Ziele übernahm.

Was man als Ingenieur, Techniker oder Ökonom seit dem Beginn der Umsetzung dieser Planwirtschaft in der Kommentierung und

Berichterstattung zur Energiewende durch die Medien erleben musste, stellt eine dermaßen extreme und verantwortungslose Fälschung und Verdrehung von Fakten sowie ein bewusstes Belügen und Irreführen der Bürger dar, dass ein Vergleich mit den Propagandapraktiken der deutschen Diktaturen von 1933 bis 1945 - und in Ostdeutschland noch bis 1989 nahe liegt. Die heute zur Verteidigung der Energiewende benutzten Falschbehauptungen übertreffen selbst die Propagandalügen der Diktaturen in einem speziellen Punkt: Ein beachtlicher Teil der Verfälschungen betrifft die Physik; also die Naturgesetze. So weit ist man selbst in der ehemaligen Sowjetunion und in der DDR nicht gegangen. Die Folgen dieser in einem demokratischen Staat unbekannten politischen Medien-Benutzung (in der DDR gab es dafür offiziell die sogar zutreffende Bezeichnung "Agitprop") sind weitreichend: Lange Zeit konnten in Deutschland die Bürger ziemlich sicher sein, dass sie sowohl sachlich korrekte als auch vollständige Informationen von ihren Medien erhielten. Bei den Tageszeitungen und den Magazinen setzte jedoch durch die geschilderte Besetzung der Redaktionen eine Tendenz zur politischen Desinformation ein, die vor allem in den ehemals zur gehörenden Bundesländern zu drastischen Reaktionen der Bürger mit Beschimpfungen als "Lügenpresse" oder – treffender – "Lückenpresse" geführt hat.

Die Erklärung dafür ist einfach: Wer über 40 Jahre lang täglich von den östlichen Staatsmedien angelogen worden ist, der verträgt es nicht mehr, wenn er nun von einigen West-Medien den Eindruck erhält, dass sich im Grunde bezüglich der Nachrichtenunterdrückung und -Verdrehung nur wenig geändert hat.

Und die "Ossis" haben in den Jahren der sozialistischen Medienberieselung empfindliche Antennen entwickelt, die das Lesen zwischen den Zeilen, das Entdecken von Lücken, wo Informationen hingehören und auch das Vorliegen offensichtlicher Fälschungen anzeigen.

Speziell die an Wirtschafts- und Technikthemen Interessierten konnten jedoch sicher sein, dass in den Redaktionen ihrer Fachzeitschriften keinerlei politische Einflussnahme wirksam war. Das verbot sich auch insofern, als man es mit seriöser Wissenschaft; in den technologischen Fragen auch noch mit physikalischen Naturgesetzen zu tun hat, deren Konsequenzen sich nicht nach der Politik richten. Das glaubte man jedenfalls als Ingenieuwissenschaftler: Im Bereich der Technik hätte die Desinformation keine Chance: Denn sie ist fast immer unplausibel und verdächtig und auch schnell durchschaubar.

Das stellte sich aber als eine Täuschung heraus. Zwar gelten die Gesetze der Physik nach wie vor unverändert, aber durch den Druck von politischen Parteien entstand eine zuvor nie existierende Klasse von "Pseudo-Fachleuten", oft mit akademischen Titeln ausgestattet, die durch das Ignorieren wesentlicher Aspekte und Fakten — manchmal sogar durch Falschbehauptungen — politische Ziele zu begründen und zu verteidigen begannen.

In der Wissenschaft haben solche Leute eine spezielle Bezeichnung: Scharlatane.

Man findet sie als "Experten" in politischen Parteien, recht häufig in Forschungsinstituten, deren Leiter auf Fördermittel von Ministerien hoffen, aber sogar bei führenden Vertretern von Wirtschaftsverbänden, die es eigentlich nicht nötig haben, Parteipolitikern nach dem Munde zu reden und die im Grunde unwürdig sind, ihre Verbandsmitglieder zu vertreten.

Sogar die Lektüre von einigen Fachzeitschriften - die im Grunde diese Bezeichnung nicht mehr verdienen - zeigt inzwischen, wie die Methode des Weglassens störender Argumente und Fakten selbst dort angewendet wird. Fälschungen findet man dort nicht. Aber geradezu symptomatisch ist das Ignorieren von hohen Kosten und der dadurch schlechten Aussichten für die Realisierung von Projekten, die von Parteifunktionären und Ministerialbeamten als politisch wichtig und gerne als "Zukunftstechniken" und "Leuchttürme" hochgejubelt werden. Eine schnelle Nachprüfung, ob das Thema "Kosten" unterschlagen wurde, führt rasch zu der Antwort, wie seriös die betreffenden "Experten" sind. Gleichzeitig bringt diese Prüfung auch die Antwort, wie es in der zuständigen Redaktion aussieht, die solche Pseudoexperten immer wieder zu Worte kommen lässt; ihnen Zeilenzahl und Sendezeit einräumt. Weiterhin gehört das Unterschlagen der immer existierenden, oft überlegenen technischen Alternativen zu den bejubelten politisch markierten Projekten zur Methode.

Wer diese Form der Behandlung und der Lobhudelei bestimmter technischer Themen durch Politiker und Medien über einige Jahre verfolgt hat, dem sind einige typische Besonderheiten aufgefallen:

 Manche "Zukunftsprojekte" werden im Laufe von etlichen Jahren mehrfach aus der

Mottenkiste herausgeholt und neu aufgeputzt. Dass und aus welchem Grund sie "damals"

gescheitert sind, bleibt unerwähnt. Aktuelle Beispiele: Das Elektroauto. Die Brennstoffzelle.

Die elektrische Nachtspeicherheizung. Das synthetische Benzin. Und das neue

Schreckgespenst Digitalisierung ist schließlich seit über 40 Jahren präsent und seither in

stetiger Ausbreitung und Durchdringung der Wirtschaft begriffen. Und jetzt entdecken das

plötzlich die Parteien.

 Es gibt mehrere Gründe für das Recycling "oller Kamellen" durch die Politik: Der wichtigste

Grund ist der Mangel an tatsächlich neuen und wichtigen Projekten, die nicht schon längst

in der Wirtschaft ohne staatliche Einflussnahme in der Entwicklung stehen. Für die Politik

bleiben nur die Ladenhüter als zu fördernde Kandidaten. Der Reiz für Politiker, den diese

erneute Ernennung alter Projekte zu "Leuchttürmen" hat (sehr gerne benutzter Begriff),

besteht darin, dass man tolle Presseankündigungen veröffentlichen kann

(der mit Abstand

wichtigste Aspekt); und dass die Legislaturperiode bis zur nächsten Wahl maximal 5 Jahre

dauert, aber ein positives Projektergebnis — abgeschlossene Entwicklung und

Markteinführung — leider frühestens in 10 Jahren vorliegen kann, was aber für einen

Minister völlig uninteressant ist. Niemand fragt Jahre später, was denn nun aus dem einen

Leuchtturmprojekt geworden ist. Wenn es scheiterte, spricht man nicht darüber.

Und in weiteren 6 bis 8 Jahren kann man das gleiche Thema wieder exhumieren und als

neu verkaufen. Die Medien merken nichts. Die Opposition schon gar nicht. Nur das Geld ist weg.

Es ist nicht verwunderlich, dass die Auflagen der Printmedien stetig zurückgehen. Es liegt mindestens zum Teil an dieser seltsamen Krankheit, die durch politisch korrekte Regierungsfrömmigkeit mit Selbstzensur-Schüben samt Gewichtsverlust (Auflageschwund) gekennzeichnet ist. Mediziner würden das als "Morbus Prawda" bezeichnen. Das ist nicht die Folge einer bedauerlichen Lesefaulheit der Bevölkerung, sondern einer abnehmenden Wertschätzung dieses einst so wichtigen Informationskanals aus den genannten Gründen.

Wer sich im Internet die zahlreichen seriösen Webseiten aus der Masse des Angebots herausgesucht hat (eventuell diese hier ?) — oft durch andere Nutzer oder auch durch Links auf diese Quellen aufmerksam gemacht — der verliert leider sein Interesse am bedruckten Papier. Es ist ein Kampf um Zeit. Zeit für die Aufnahme von interessanten, als nützlich angesehenen Informationen. Diesen Zeitaufwand möchte der Leser/Zuschauer optimal eingesetzt wissen.

Auch das Interesse am Nachrichten-Angebot des öffentlich-rechtlichen Fernsehens nimmt ab, denn es beschäftigt in seinen Redaktionen die gleichen Leute, die auch in den Redaktionen der Zeitschriften und Journale ihre parteipolitische Selbstzensur praktizieren. Aber das Informationsmonopol der klassischen Medien ist Vergangenheit. Das Internet ist die Alternative gegen die bröckelnde Macht der innerlich politisch ausgerichteten Medien. Ein riesiger Fortschritt. Dieses neue Medium präsentiert uns aber auch Zeitungsartikel aus dem Ausland — zum Beispiel den britischen, den nordamerikanischen, und den erfrischenden schweizerischen Journalismus. Und wir können nur registrieren, wie es hier bei uns noch sein könnte… Aber Johannes Gutenbergs Erfindung wird weiterhin gebraucht, wenn auch nicht unbedingt für Zeitungen: Die Bücher. Sie dürfen nicht untergehen und das werden sie auch nicht. Davor bewahrt sie ihre unkontrollierbare Vielfalt, das kreative Chaos, das in einer Demokratie (so man in einer lebt) gegen die Prawda-Seuche immun ist.